

Rüdiger Machetzki

"55 Tage in Peking" - Zur Unberechenbarkeit der Volksrepublik China

"Was ist dabei unser größtes Problem? Daß wir Werkzeuge züchten, aber keine selbständig urteilenden Menschen heranbilden. Manche mögen das begrüßen, denn Werkzeuge sind gut, machen keine Probleme, haben keine eigenen Bewertungskriterien, lassen keine Einmischung zu."
(Fang Lizhi)

1 Ursachen und Hintergrund der Protestbewegung - eine Kurzschilderung

Die hauptstädtische Protestbewegung, die im April - Juni 1989 im Mittelpunkt der internationalen Öffentlichkeit stand, läßt sich in ihren Anfängen weit zurückverfolgen. Seit 1979 ("Große Mauer der Demokratie") bildet sie eine der oszillierenden Begleiterscheinungen des Reformkurses. Dennoch muß deutlich herausgestellt werden, daß während der (bisher) letzten Phase die Zahl der Beteiligten zu einer neuen, von der Führung als direkte Bedrohung des eigenen Herrschaftsmonopols empfundenen Quantität anwuchs. Erstmals blieb der Anspruch auf Mitgestaltung des nationalen Entscheidungsprozesses nicht auf die akademisch-studentische "Gegenelite" beschränkt, vielmehr sprang der Funke auf nahezu alle Teile der hauptstädtischen Gesellschaft über. Der Protest wurde zu einer Massenbewegung. Die kommunistische Führungsschicht erlebte ein Trauma, das allen chinesischen Führern vom Ersten Kaiser von Qin bis zu Deng Xiaoping gemein war und ist. Es handelt sich um das bekannte Bild vom Ritt auf dem Tiger, die Angst des "Reiters", der Tiger könnte eines Tages merken, daß er ihn nicht braucht.

Unter chronologischen Gesichtspunkten läßt sich die Protestbewegung zumindest bis Ende 1986 zurückverfolgen. Es ist kein Zufall, daß sie anläßlich des Todes des früheren Parteichefs Hu Yaobang erneut "virulent" wurde. Die für die Niederschlagung der Bewegung Verantwortlichen, insbesondere Staatschef Yang Shangkun, haben ausdrücklich darauf verwiesen, daß es nicht zu den dramatischen Ereignissen gekommen wäre, wenn man bereits Ende 1986 konsequent "durchgegriffen" hätte. Man hätte den "Kampf gegen geistige Verschmutzung", d.h. gegen alle "der politischen Führung unliebsamen Ideen und Erscheinungen"¹, bis zu seinem logischen Ende fortsetzen müssen. Die Uneinigkeit innerhalb der höchsten Führung ("Zwei Hauptquartiere") habe "zum Eindringen der ideologischen Strömung der bürgerlichen Liberalisierung in die intellektuelle Kultur des ganzen Landes" geführt. Den Höhepunkt habe diese Fehlentwicklung in der irrigen Ansicht Hu Yaobangs gefunden, "die wichtigen Angelegenheiten des Landes hängen nicht von der Politik, sondern von einer humanen Regierung ab".² Damit sei gegen die grundlegenden Bestimmungen der Verfassung und des Parteistatuts verstoßen worden, die beide das "Festhalten an den vier Grundprinzipien" als unverrückbare Basis allen politischen Handelns postulieren. Unter diesen vier Grundprinzipien ist laut Deng Xiaoping das "Festhalten an der alleinigen Führung durch die Kommunistische Partei" das wichtigste Prinzip, einfacher und konkreter: Die Anerkennung des Herrschaftsmonopols des kleinen Spitzenapparates - alles andere ist mehr oder weniger ideologische Wortdrechselei. Besonders fatal muß aus Sicht der Verteidiger des geschlossenen Herrschaftsmonopols die Tatsache erscheinen, daß Zhao Ziyang als Nachfolger Hu Yaobangs nach und

nach in eine ähnliche "Außenreposition" rückte. Während der entscheidenden Tage in Beijing - so der allgemeine Vorwurf der Zentralen Beraterkommission des ZK - habe er sich gegen die große Mehrheit der "Ältesten" gestellt und sich dazu verstiegen, "daß die Studentenbewegung patriotisch und vernünftig ist".³ Offensichtlich hat sich unter den "älteren Kameraden mit großem Prestige" niemand die Frage gestellt, warum ausgerechnet die für die politische Leitung konkret verantwortlichen Führungspersonen nacheinander einen derartigen Bewußtseinswandel erlebten, schließlich wurden sie nicht als Reformer geboren.

Die Forderung nach "Offenheit" (*gongkaixing*) im politischen Entscheidungsprozeß - besonders ging es um eine von Zensurdiktaten unabhängige Presse als Voraussetzung für kritische Transparenz - wurde durch einen nahezu explosionsartigen Anstieg der Mißwirtschaft ausgelöst. Beides ist untrennbar miteinander verbunden, d.h. es geht um weit mehr als punktuelle Irritationen. Die "Teufelsspirale" von Korruption, Inflation und Angst in den Teilen der städtischen Bevölkerung, die man mangels besserer Termini als "städtische Entwicklungsschichten" bezeichnen könnte, hatte zu allgemein zunehmender Verbitterung geführt. Selbst die häufig gehörte These, die ländliche Bevölkerung - die große Mehrheit aller Chinesen - sei von den Ereignissen unberührt geblieben, ist nur teilweise richtig. Seit Anfang 1988 ist es zu Tausenden von Gewaltzwischenfällen im ländlichen Bereich gekommen. Die Skala reichte von körperlicher Mißhandlung örtlicher Parteifunktionäre bis zum Sturm mehrerer hundert Bauern auf einzelne Kunstdüngerfabriken. Nach Aussagen führender Vertreter der Sicherheitsbehörden erreichte die latente Gewalt der bäuerlichen Bevölkerung allerdings niemals ein unter nationalen Kontrollgesichtspunkten gefährliches Ausmaß.

Zum viel beschriebenen Phänomen der allgemeinen Korruption ist zu bemerken, daß sie in direktem Zusammenhang mit der seit 1987 nahezu stagnierenden Reformpolitik gesehen werden muß. Nach Berechnung chinesischer Wirtschaftswissenschaftler ist das sogenannte "Doppelpreissystem" staatlich festgesetzter Planpreise und freier Preisgestaltung der systematische Nährboden, auf dem die Korruption wachsen konnte. Insgesamt ergibt sich zwischen beiden Preisebenen ein ge-

schätztes Gefälle von rund 400 Mrd.-Yuan.⁴ Dies ist der gewaltige Rahmen, innerhalb dessen insbesondere Partei- und Staatskader aufgrund ihrer Planverteilungsmonopole der Aneignungswillkür freien Lauf lassen konnten. Anders gesagt: Die Produzentensubventionen und ein Teil der Verbrauchersubventionen sind letzten Endes nichts anderes als "bürokratische Selbstsubventionen" per Umweg. Die von vielen Reformbefürwortern nachhaltig geforderte Abschaffung des Doppelpreisverfahrens stellt also kein technisches, sondern ein elementares Besitzstandsproblem der Pfründenwirtschaft dar. Eine konsequente Fortsetzung der Wirtschaftsreformen dürfte der Korruption und zum großen Teil auch der Inflation den Boden entziehen. Sie würde zugleich für die Mehrheit der chinesischen Kaderschaft eine doppelte Entmachtung politischer und wirtschaftlicher Art bedeuten, d.h. einen "Eliteaustausch" nach sich ziehen.

Zusammenfassend gesagt, liegt der steigenden Unzufriedenheit in großen Teilen der städtischen chinesischen Bevölkerung (und auch der ländlichen) die bisher nicht aufgehobene Diskrepanz zwischen politischer Entscheidungsmacht und Sachverstand zugrunde. Aufgrund der beschleunigten Fehlentwicklungen ist diese Diskrepanz immer offensichtlicher geworden. Diejenigen, die über die politische Entscheidungsmacht verfügen, haben nur unzureichenden Sachverstand, und diejenigen, die über den Sachverstand verfügen, sind am politischen Entscheidungsprozeß kaum beteiligt. Der bedauerliche Ablauf der Ereignisse im April/Juni 1989 macht klar, daß dieser Zustand andauern wird. Chinas "fünfte Modernisierung", die Modernisierung des Entwicklungsbewußtseins, läßt weiter auf sich warten. Unzufriedenheit, Verbitterung und Apathie werden mit Sicherheit nicht abnehmen. Die Skepsis unter den entwicklungsrelevanten Segmenten der chinesischen Gesellschaft hatte bereits während der letzten zwei Jahre deutlich zugenommen: "Es donnert nur, aber es regnet nicht". Jetzt scheint die Hoffnung, daß sich die Führung als "modernisierungsfähig" erweisen könnte, endgültig zerfallen. Nirgendwo ist eine Alternative sichtbar, die das notwendige Vertrauen erzeugen könnte, das für ein zukunftsorientiertes Verhalten unerlässlich ist. Als einziger Lichtblick bleibt (auf lange Sicht) das große Leistungsvermögen der chinesischen Gesellschaft. Auf Dauer wird dieses Potential auch durch die inkompetenteste Elite nicht gefesselt werden können.

2 Ablauf der politischen Entscheidungen

Das für die Beurteilung der kurz- und mittelfristigen Zukunft entscheidende Merkmal des politischen Entscheidungsverlaufs der Krisenmonate ist das nahezu totale Führungsvakuum im institutionellen Sinne. Unübersehbar war der Rückfall in die personalistische Entscheidungswillkür weniger Personen. Weder wurden die Großorganisationen des Landes - sei es die Partei, die Jugendliga, der Frauenverband, die Gewerkschaften, Ministerien oder andere "Transmissionsorganisationen" - zur propagandistischen Auseinandersetzung mit dem Protest mobilisiert, noch scheint irgendjemand ernsthaft in Erwägung gezogen zu haben, den Entscheidungsablauf auf der Basis der so zahlreich ausgearbeiteten Gesetze und Statuten zu gestalten. Um es zu wiederholen: Totalausfall aller Institutionen! Einzige Ausnahme: die Zentrale Militärkommission! Die meisten Beobachter im Westen hatten sich während der letzten Jahre der trügerischen Sicherheit hingegeben, in China sei ein fortlaufender Prozeß der Institutionalisierung der Politik zu beobachten. Vor allem wurde darauf verwiesen, die Zahl der Reformanhänger in den Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparaten des Landes habe ständig zugenommen. Das mag stimmen, aber es blieb ohne Bedeutung, wie wir heute wissen. Die Apparate funktionierten, so lange alles "normal" verlief. In der Krise erfolgte das "Hinüberspringen" zu informellen Verfahren. Im nachheren läßt sich aus dieser Tatsache die entscheidende Schlußfolgerung ziehen, daß Krisenverhalten in China bis heute nicht wirklich prognostizierbar ist. Auch in Zukunft muß vor der weit verbreiteten Überzeugung gewarnt werden, man könne die weitere Entwicklung anhand sogenannter objektiver Kriterien und Zwänge mehr oder weniger berechnen. Nichts scheint in China irreversibel, wenn es um die Macht der "älteren Kameraden" geht.

So weit wir heute wissen, haben diese "älteren Kameraden mit großem Prestige" - so ihre Selbstbezeichnung - praktisch allein die Entscheidungen getroffen. Offensichtlich war Deng Xiaoping gezwungen, sie aus dem Abseits, in das er sie während der letzten Jahre zu drängen versucht hatte, zurückzuholen. Sechs Männer und eine Frau, die als Entscheidungsrunde unter dem Scheinetikett "Zentrale Beraterkommission" firmierten, trafen ihre einsamen Beschlüsse. Aus den bekanntgewordenen internen Diskussionen, ins-

besondere aus der Rede Yang Shangkuns wird deutlich, daß die meisten unter ihnen die Weiterentwicklung ihres Wirklichkeitssinns spätestens 1956 eingestellt haben.

Nachdem die internen Entscheidungen über das Vorgehen gegen die Protestbewegung gefallen waren, "schlossen sich" die sogenannten Ältesten wahrscheinlich mit den annähernd ebenso alten Kommandeuren der großen Militärregionen "kurz". Während der entscheidenden Tage von Beijing ist sehr viel über die Möglichkeit eines Auseinanderbrechens der Streitkräfte spekuliert worden. Einzelne Szenarien zielten bereits auf einen allgemeinen Bürgerkrieg ab. Die Wahrscheinlichkeit der Spaltung der Armee war aber extrem gering. Trotz der Erinnerungen oder genauer gerade wegen der Erinnerungen an die ferne Zeit der "Warlords", der großen Kriegsherren mit ihren "Privatarmeen", die ganz China unter sich als Privatdomänen aufzuteilen wünschten, waren Bürgerkriegsszenarien zu keiner Zeit realistisch. Bereits während der Kulturrevolution hatte die militärische Führung bewiesen, daß die Einheit des Landes in ihrem Bewußtsein Vorrang vor allen anderen Beweggründen hatte. Nur ein starker chinesischer Einheitsstaat ermöglicht auf lange Sicht das Maß an Weltgeltung, das China aus der Sicht seiner Führung zusteht. Abgesehen von solchen Erwägungen dürfen technische Entwicklungsaspekte der modernen Kriegsführung nicht übersehen werden. Sie tragen dazu bei, daß Bürgerkriege immer mehr zu einer "Nicht-Möglichkeit" werden. Die Tatsache, daß mit einem Auseinanderbrechen der Armee nicht ernsthaft zu rechnen war, besagt jedoch nicht, daß innerhalb des engsten Führungszirkels keinerlei Bedenken über die Zuverlässigkeit vieler Kommandeure bestanden. Diese Bedenken formulierte Yang Shangkun in indirekter Weise:

"Das wichtigste ist jetzt die Konsolidierung der Streitkräfte. Ziehen die Truppen mit? Das wird von eurer Arbeit abhängen. Ich glaube nicht, daß es Probleme auf der Ebene der Militärdistrikte gibt. Aber gibt es Probleme auf der Ebene der Armeekommandanten? ... Es muß bis auf Regimentsebene durchdringen, weil die Offiziere auf dieser Ebene wichtig sind. Die Truppen müssen auf einheitlichen Kurs gebracht werden, Befehlsverweigerung fällt unter Kriegsrecht. Besondere Aufmerksamkeit muß den Militärakademien und den Kadetten gewidmet werden."⁵

Fragen wir nach den Motiven während des Entscheidungsablaufs, so bleibt neben dem alles überragenden Wunsch nach Machterhalt das Motiv Rache. Es sei nur an die erniedrigenden Umstände des Gorbatschow-Besuches erinnert. Wichtiger als Rache war jedoch offensichtlich das Motiv Angst.

"Wir älteren Kameraden mit großem Prestige fühlen alle, daß ein Rückzug unmöglich ist. Zurückweichen würde unser Ende bedeuten, das Ende der Volksrepublik China, eine Restauration des Kapitalismus, wie dies der Amerikaner Dulles hoffte."⁶

Der einzige, der sich diesem selbsternannten "Krisenrat" entgegenstellte, war ausgerechnet Parteichef Zhao Ziyang. Das führte zum Verlust der Einstimmigkeit, die von allen so verzweifelt gesucht wurde. Unklar bleiben die Beweggründe Zhaos. Selbst wenn man ihm ein gutes Maß an "Reformgesinnung" zugesteht, bleibt der leise Verdacht, er könne sich u.a. auch deswegen so nachhaltig von den "politischen Steinzeitbeschlüssen" distanzieren haben, weil er seine Chancen für eine spätere Wiederkehr unter veränderten Umständen wahren wollte. Die Zukunft muß erweisen, ob er - falls dieser Beweggrund tatsächlich eine Rolle spielte - einer Fehlrechnung unterlag. Wichtiger erscheint, daß Ministerpräsident Li Peng quasi im nachhinein zum "Vollstreckungsgehilfen" bestellt wurde. Die Charakterisierung Lis als "neuer starker Mann" grenzt unter diesen Umständen geradezu ans Groteske. Ähnliches gilt für Qiao Shi, "den neuen starken Mann" in der Parteiführung. Der für Staatssicherheit, Geheimdienste und Öffentliche Sicherheit zuständige Mann als Parteichef! Für ihn spricht allenfalls sein ausgeprägtes "sicherheitspolitisches" Ethos. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß die beiden vorherigen Parteichefs Hu Yaobang und Zhao Ziyang unter dem Druck der Praxis zu Reformern wurden. Eine derartige "Einsichtsfähigkeit" wird Qiao anscheinend nicht unterstellt.

Die simplistischen Lösungsvorstellungen, die dem sicherheitspolitischen Ethos zugrundeliegen, sind von der chinesischen Schriftstellerin Zhang Jie in ihrem Roman *Schwere Flügel* erschreckend einleuchtend beschrieben worden. Repräsentant ist der fiktive stellvertretende Minister für Schwerindustrie Kong Xiang:

"Kong Xiang kocht vor Wut. Was sich da vor seinen Augen abspielte, erregte seine tiefste Abscheu. Diese Literaten mischten sich in die Politik ein, aber davon verstanden sie doch nur einen Piss! Eine neue Anti-Rechtskampagne mußte her, einem wie dem anderen hatte die Mütze eines 'Rechtsabweichlers' aufs Haupt gedrückt zu werden und ab ins Arbeitslager! Und wenn sie dann noch nicht kuschten, zwei von ihnen exekutieren! Er glaubte an Gewehrläufe, mit vierzehn war er in die Rote Armee eingetreten, hatte am Langen Marsch teilgenommen, sich überall geschlagen, zwei Narben von Gewehrkugeln waren ihm geblieben, und jetzt kam dieser Haufen von Federfuchsern daher und wollte herumkommandieren! Einfach lächerlich! Wie die sich aufplusterten! Wenn ihnen die Kugeln um die Ohren piffen, würden sie vor Angst in die Hosen scheißen!"⁷

Li Pengs und Qiao Shis zukünftige Karrieren sind nicht beneidenswert. Es ist weitgehend übersehen worden, daß die demonstrierenden Studenten von den Elite-Universitäten der Hauptstadt und des Landes insgesamt kamen. Sie sind keine Bauernkinder, sondern stellen den Nachwuchs aus privilegierten Familien dar. Bei Wohlverhalten wäre den meisten ein Platz auf der Sonnenseite des Systems gesichert gewesen. Man braucht sich nur in die Gefühle dieser privilegierten Familien zu versetzen, um mit einiger Verlässlichkeit nachempfinden zu können, wie sie zu dem neuen Führungstandem stehen. Vielleicht werden Li und Qiao eines Tages - nach dem Tode der "älteren Kameraden" - die "Viererbande" als Symbole des Bösen ablösen.

3 Zur Zukunft

Wie wird es weitergehen? Was sein wird, läßt sich nicht prognostizieren. Hingegen läßt sich vorhersagen, was nicht geschehen wird. Es wird keine Einheit innerhalb der Führung geben, ebensowenig wie es zuvor einen wirklichen Konsens gegeben hat. Zwar sind die prononcierten Reformer auf absehbare Zeit an den Rand des Entscheidungsgeschehens gedrängt, aber die Notkoalition aus "neuen Autoritaristen" und "guten Traditionalisten" hat ihr eigenes Konfliktpotential bereits eingebaut. Der sogenannte "neue Autoritarismus" (*xin quanweizhuyi*) spiegelt letzten Endes nur die neueste Version einer seit über 120 Jahren anhaltenden Diskussion wider. Unter dem Stichwort "Substanz chinesisch - Ver-

fahren westlich" (*zhong ti xi yong*) hat jede chinesische Führungsgeneration ihre eigene Kontroverse durchstehen müssen, ob es möglich sei, bei einer Öffnung des Landes nach außen erwünschte Modernisierungseinflüsse von unerwünschten wirkungsvoll zu trennen. Keine der Führungsgenerationen konnte sich zu der Erkenntnis durchringen, daß sie nicht in der Lage war, das Gesetz des Handelns in dieser Hinsicht zu bestimmen. Allenfalls bleibt dem Land die Zwangsalternative zwischen vollständiger Isolation und einer Öffnung mit allen entsprechenden politisch-sozialen Konsequenzen. Das eigentlich Neue am "neuen Autoritarismus" ist das Vorbild, auf das sich seine Anhänger berufen. Sie denken dabei vor allem an Südkorea, das erfolgreich die Mischung einer freien Wirtschaft mit einem autoritären politischen Stil demonstriert habe. Geflüstert werden dabei die jüngsten Demokratisierungstendenzen der südkoreanischen Gesellschaft übersehen. Immerhin bleibt festzuhalten, daß die neuen "Autoritaristen" dem Motto "große Wirtschaftsreform, kleine politische Reform" verpflichtet sind. Im Gegensatz dazu sind die "guten Traditionalisten" Befürworter einer Rückkehr zu den politisch-wirtschaftlichen Ordnungsformen der frühen 50er Jahre. Damals schienen die Dinge so einfach, daß sie das eigene Erkenntnisvermögen nicht überstiegen, was - wie überall auf der Welt - die Angst vor dem Wandel in Grenzen hielt.

Angesichts einer solchen Führungskombination scheint die "Sackgasse" der nationalen Entwicklung vorprogrammiert. Die langfristigen Erfolgsaussichten der zu erwartenden "Zwiterpolitik" bleiben der Beurteilung eines jeden einzelnen überlassen.

Kurzfristig wird der Wunsch der Führung nach "Normalität" gegenüber dem Ausland, insbesondere gegenüber der ausländischen Geschäftswelt zu einer "Business as usual"-Haltung beitragen. Konkret könnte das zu dem paradoxen Phänomen führen, daß der Außenhandel während der nächsten ein bis zwei Jahre deutlicher ansteigt, als dies ansonsten der Fall gewesen wäre. Drei Gründe sprechen für diese Möglichkeit. Erstens besteht insofern ein materieller Handlungsspielraum, als die während der letzten Jahre aufgebaute Substanz "kannibalisiert" werden kann. Zweitens wird der chinesische Import-Handel, insbesondere der Import von Kapitalgütern, immer noch von einem Fünfjahresplan-Zyklus mitbestimmt. Während des letzten Planjah-

res konnte bisher immer ein überdurchschnittlicher Anstieg der entsprechenden Einfuhren registriert werden. Drittens wird die Führung gezwungen sein, den Großteil der Probleme, die sie aufgrund mangelnden Reformwillens bzw. mangelnder Reformfähigkeit nicht mehr zu lösen vermag, durch vermehrten Kapitaleinsatz zu neutralisieren. Im Gegensatz zum Außenhandel im engeren Sinn dürfte sich die Entwicklung im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen und anderer wirtschaftlicher Kooperationsformen weniger günstig darstellen. Insbesondere auf Seiten der Hongkong- und Auslandschinesen ist mit großer Zurückhaltung zu rechnen.

Wenden wir uns der Frage internationaler Sanktionsmaßnahmen zu. Was kann man tun? Was soll man tun? Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß wirtschaftliche Boykottmaßnahmen selbst wenn es zu geschlossenem Handeln der westlichen Welt einschließlich Japans käme, eine eher unwahrscheinliche Idee - keine nachhaltige Wirkung im Sinne einer politischen Umkehr der chinesischen Führung erzielen werden. Boykottmaßnahmen würden das Land treffen, vielleicht sogar schmerzlich, aber sie würden nicht zu einem echten Einlenken beitragen. Es sei nur an das Jahr 1960 erinnert, als die Sowjetunion von einer Woche auf die andere sämtliche wirtschaftliche Zusammenarbeit abbrach. China "wankte", aber es gab nicht nach. Im Gegenteil, es verschärfte seinen politischen Kurs. Auch heute "hat die Politik das Kommando". Wirtschaftliche Belange sind wichtig, aber anders als im Westen - deutlich untergeordnet. Was bleibt also? Die Tatsache, daß das Maximalziel nicht erreicht werden kann, bedeutet nicht, es könne überhaupt nichts erreicht werden. Die Führung ringt für jedermann erkennbar um die Wiederherstellung ihrer internationalen Reputation. Die Rückgewinnung des "Gesichts" ist in ihrem eigenen Bewußtsein keine quantité négligeable. Das "Gesicht" ist etwas, das man zwar auch selbst verlieren kann, das einem aber in erster Linie genommen oder gegeben wird. Eine baldige Rückkehr zur "Normalität", d.h. internationales Schweigen, beinhaltet aus Sicht der chinesischen Führung, das Gesicht wiederzuerlangen. Magie der Worte! Was nicht (mehr) erwähnt wird, das existiert nicht (mehr). Nicht zu schweigen vertieft mit Sicherheit das "Unwohlsein" der chinesischen Führung, aber, um es noch einmal zu betonen, es wird nicht zu einer humanen Revision der Politik führen. Die eigentliche Frage ist also:

Soll der Westen - insbesondere diejenigen, die es sich ohne schwere persönliche und unternehmerische Einbußen leisten können - weiter seine anklagende Stimme erheben oder nicht? Was macht eine gute Ethik aus: Die Gesinnung der Tat oder ihre Ergebnisse? Wir stehen vor dem ältesten Problem der abendländischen Moralschicht.

Unabhängig vom konkreten Verlauf der außenwirtschaftlichen Beziehungen während der nächsten ein bis zwei Jahre steht die grundsätzliche Frage nach der "Reformverträglichkeit" der Führung im Raum, d.h. die langfristige Verträglichkeit der Politik des Herrschaftserhaltes mit einer tragfähigen Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft. Eine solche Verträglichkeit ist aus Sicht der Bevölkerung, zumindest des für die Entwicklung bedeutsamen Teils der Gesellschaft, mit Sicherheit nicht gegeben. Insbesondere ist nicht damit zu rechnen, daß es der Führung - selbst wenn sie es wollte - gelingen könnte, die für den Erfolg reformerischer Politik notwendige "Initiative" erneut zu wecken. Es sei nur daran erinnert, daß es zu Beginn der Reformetappe mehrere Jahre dauerte, ehe es gelang, das notwendige Vertrauen zur langfristigen Stabilität der Politik zu wecken. Dieses Vertrauen ist jetzt hinfällig. Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, daß die "älteren Kameraden" der Spitzenführung mit ihren Entscheidungen bei großen Teilen der unteren und mittleren Kaderschaft vor allem deswegen Anklang fanden, weil sie deren umstrittene Positionen erneut festigten. Der Einfluß dieser Kaderschichten auf die wirtschaftliche Realität wird in nächster Zukunft mit Sicherheit "belastender" sein als während der letzten Jahre.

Nach einer kurzen Scheinerholungsphase, in der äußerlich eine gewisse Konsolidierung einschließlich eines Rückgangs der Inflationsrate möglich scheint, wird die Dauerkrise des chinesischen Modernisierungsprozesses erneut verschärft auftreten. Der Zeitpunkt läßt sich nicht mit Gewißheit abschätzen, aber er dürfte kaum später als 1991/92 liegen. Vereinfacht erscheinen zwei Reaktionsmuster möglich. Entweder erfolgt ein Rückfall in die Primitivplanwirtschaft der 50er Jahre. Die oben erwähnten guten Traditionalisten dürften diese Lösung befürworten. Oder der Druck zu neuen systematischen Reformen wächst ständig an und läßt sich nicht mehr auffangen. Gegenwärtig scheint die Situation

völlig offen. Für das letztere Reaktionsmuster spricht die Tatsache, daß vor allem die wirtschaftlichen Schlüsselgebiete des Landes (u.a. Shanghai/Unterer Changjiang, Guangzhou/Perlfußgebiet) die Möglichkeiten, die in ihrer eigenen wirtschaftlichen Dynamik liegen, während der letzten Jahre deutlich erkannt haben. Bereits heute üben diese Gebiete einen beachtlichen Druck auf die zentrale Politik aus, für die fortgeschrittenen Wirtschaftsterritorien vorausseilende Sonderlösungen zu ermöglichen, damit nicht das gesamte Land an das begrenzte Wandlungsvermögen der rückständigen Regionen gebunden bleibt. Es ist also Regional- und Ressortegoismus, nicht "demokratisches Denken", das als Quelle neuer Reformvorstellungen und -maßnahmen einzukalkulieren ist. Unterschwellig dürfte dieser Egoismus durch eine "stille Dimension" verstärkt werden, die zumindest auf lange Sicht nicht unterschätzt werden darf. Sowohl in der Wirtschaft selbst als auch im Bereich der Wissenschaft, der Universitäten und anderer städtischer Tätigkeitsfelder haben zahlreiche Menschen (ebenso wie zuvor die bäuerlichen Familien) die praktische Erfahrung und das Selbstbewußtsein gewonnen, ohne die "Hilfe", teilweise sogar gegen den Widerstand der Führung ausgesprochen erfolgreich sein zu können. Bildhaft haben sie den aufrechten Gang erlernt. Die Führung mag sie gegenwärtig zwar auf alle Viere zurückzwingen. Sie vermag aber nicht, die Menschen die Schönheit dieses Gefühls vergessen zu lassen. Daran dürfte auch das Wiederaufleben der einfallslosen ideologischen Indoktrinationspolitik, das gegenwärtig zu beobachten ist, nur wenig ändern. Die intensive "Rotlichtbestrahlung" mag als Disziplinierungs- bzw. Einschüchterungsinstrument leidlich funktionieren, zu geistiger Gültigkeit wird sie nicht gelangen.

Abschließend ist es leider notwendig, sich kritisch mit einem nicht seltenen Pseudoargument auseinanderzusetzen, das China gleichsam zum Geschichtsmuseum "herabidolisiert": Demokratie und Menschenrechte sind demnach westliche Kulturwerte, die nicht zu China (oder anderen nichtwestlichen Staaten) passen. Die Demokratie würde zu schwerwiegenden Störungen in der Ordnung des Landes führen, und schließlich: Die Studenten hätten gar nicht (genau) gewußt, was Demokratie ist. Ihre Forderungen seien voller Widersprüche gewesen. Zur Antwort: Auf einen groben Klotz gehört ein grober

Keil. Erstens, in der Folge der Französischen Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung sind Ideen in die Welt gesetzt worden, die zwar ursprünglich westlicher Herkunft waren, die aber heute in der ganzen Welt eine unvergleichliche Macht entfalten. An dieser eindrucksvollen Tatsache kommt auch der sophisticatedeste "Werterelativierer" nicht vorbei. Es gibt so etwas wie eine Tendenz zur "demokratischen Weltrevolution" (Martin Kriele), und sie hat China erfaßt. Eine Schlacht ist verloren, nicht der Krieg! Zweitens, den chinesischen Studenten mangelnde Kenntnisse dessen vorzuwerfen, was die Demokratie eigentlich ausmacht, ist schlichtweg abgeschmackt. Als ob es nur um einige 10.000 Studenten ginge! Die Protestbewegung wurde vom aufgeklärten Teil der gesamten chinesischen Gesellschaft getragen, und dieser Teil ist der für die Zukunftsentwicklung Chinas wichtigste. Der entwicklungsstragenden Schicht eines Landes vorzuwerfen, sie wüßte nicht, was für ihr eigenes Land gut sei, grenzt an unerträgliche Überheblichkeit. Drittens, es wurde bereits erwähnt, daß sich die beiden letzten Parteichefs nacheinander zu den stärksten Befürwortern konsequenter politischer Reformen entwickelten. Wenn die höchsten, für den konkreten nationalen Entscheidungsprozeß zuständigen Personen des Landes die Forderungen nach Demokratisierung zumindest teilweise als patriotisch, vernünftig und gerechtfertigt einstufen, in wessen Namen kann man dann noch behaupten, Demokratisierungsvorgänge seien der chinesischen Gesellschaft abträglich? Im Namen der "älteren Kameraden mit großem Prestige", deren Persönlichkeiten vor mehr als einem halben Jahrhundert geprägt wurden? Oder im Namen eines sinologischen Traditionskultes?

Anmerkungen

- 1) Liu Jen-Kai, Hu Yaobang - eine Biographie, C.a., April 1989, S.261.
- 2) Ebenda, S.263.
- 3) Dokumentation, Die Geheimrede von Chinas Staatspräsident Yang Shangkun vor der Zentralen Militärkommission in Beijing am 24.Mai, *Handelsblatt*, 14.6.1989.
- 4) C.a., April 1989, S.246.
- 5) *Handelsblatt*, 14.6.1989.
- 6) Ebenda.
- 7) Zhang Jie, *Chengzhong de chibang*, Beijing, 1981, S.240, entnommen aus: Helmut Martin (Hrsg.), *Köln Workshop 1984 chinesische Gegenwartsliteratur*, Köln, 1986, S.69.

Peter Schier

Das Gespenst der Demokratie und der Machtkampf an der Führungsspitze

- Zum Stand, den Hintergründen sowie den Perspektiven der intraelitären Auseinandersetzungen in China

"Ein Gespenst geht um im Reich der Mitte, das Gespenst der Demokratie..."

So oder ähnlich hätten wahrscheinlich die revolutionären Leitfiguren Karl Marx und Friedrich Engels die Vorgänge in China im April und Mai 1989 in Anlehnung an ihr *Kommunistisches Manifest* kommentiert.

Spätestens seit Mitte Mai beschränkte sich der öffentliche Protest in Chinas Städten nicht mehr nur auf die Studenten. Deren Kritik an der weitverbreiteten Korruption der Funktionärsklasse und ihre Forderungen nach einer Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft hatten mittlerweile breite öffentliche Unterstützung aus allen städtischen Bevölkerungsschichten erfahren. Selbst Angehörige der Polizei und der Armee hatten sich solidarisch mit den Studenten erklärt. Die eindrucksvollen gewaltlosen Massendemonstrationen von Millionen von Menschen in den letzten Wochen waren ohne Zweifel der bisherige Höhepunkt der demokratischen Bewegung in China.

Die Demonstrationen von Millionen von Studenten, Arbeitern und Angestellten in Peking und anderen Städten Chinas machten aber auch für jedermann deutlich, daß die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 40 Jahre nach ihrer Machtübernahme in einer ihrer schwersten Krisen steckt, wenn nicht sogar in der schwersten Krise ih-

rer fast 70jährigen Geschichte. Die politische und ideologische Vertrauenskrise, mit der die Partei bereits seit Jahren konfrontiert ist, hatte sich zu einer echten Autoritätskrise ausgeweitet. Dieser Autoritätsverfall war in den Mai-Wochen offener denn je zu Tage getreten:

- Die Studenten hatten die wiederholten ernststen Mahnungen und Protestverbote der Parteiführung in den Wind geschlagen, hatten die Bestimmungen des Kriegsrechts mißachtet, waren im Mai fast täglich auf die Straße gegangen und hatten seit Wochen den Platz des Himmlischen Friedens besetzt gehalten, um ihrer Unzufriedenheit mit der Parteiführung, vor allem mit dem konservativ-orthodoxen Flügel, Ausdruck zu verleihen und mehr Demokratie und weniger Parteiherrschaft zu fordern.
- Im Gegensatz zu früheren studentischen Protestaktionen und gegen den erklärten Willen der Partei schien diesmal ein großer Teil der städtischen Bevölkerung die Kritik der Studenten an der Partei und ihre Forderungen zu unterstützen.

Doch nicht nur die Studenten, Intellektuellen und Arbeiter schienen der Partei buchstäblich wegzulaufen, sondern auch ein Teil der eigenen Leute:

- So weigerten sich in Peking Parteimitglieder offenbar massenhaft, dem Aufruf der Parteiführung Folge zu leisten und an Kundgebungen gegen